



Sehr geehrte Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

zuerst möchte ich mich bei unserer Bürgermeisterin, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen für die gute und kollegiale Zusammenarbeit bedanken.

Weiterhin möchte ich danke bei allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern für ihren Einsatz zum Wohle der Gemeinde sagen.

Die finanzielle Situation unserer Gemeinde ist desaströs. Durch die einbrechenden Einnahmen, allen voran die Gewerbesteuereinnahmen und dazu die steigenden Kosten werden wir es nicht schaffen, die Enden zusammenzubringen.

Normalerweise muss das **Konnexitätsprinzip** angewendet werden, wer bestellt bezahlt, aber den Kommunen werden Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich aufgebürdet und wir werden spätestens nächstes Jahr in die Haushaltsicherung schlittern.

Die Weltpolitik zeigt uns, wie sehr wir von globalen Entwicklungen abhängen. Es ist dringend notwendig, dass wir unsere Energieversorgung auf sichere Beine stellen. Ja, Windräder sind nicht jedermanns Sache und auch die Frage der Klimaneutralität bleibt offen – aber wir brauchen diesen Strom und die Gewerbesteuer.

Die Altschuldenregelung des Landes ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein und hilft uns langfristig nicht weiter. Wie schon in meinen letzten Haushaltsreden gefordert, brauchen wir eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Die Förderung durch Programme sollte abgeschafft und das eingesparte Geld direkt an die Kommunen verteilt werden. Dann können die Verwaltungen und Räte selbst entscheiden, welche Maßnahmen am wichtigsten sind, ohne unnötige Bürokratie und Verwaltungskosten.

Der Wiederaufbau nach der Unwetterkatastrophe 2021 geht viel zu langsam voran. Die Planung kostet viel zu viel Geld und die Ausschreibungen sind so kompliziert, dass viele Unternehmen kein Angebot abgeben. Das Geld sollte lieber direkt für die Arbeiten ausgegeben werden, dadurch wären wir schon fertig und das Land hätte viel Geld gespart.

Die neue Bundesregierung hat uns versprochen, dass Bürokratie abgebaut werden soll. Ein wenig wurde beschlossen, aber bei weitem nicht genug. Weniger Bürokratie heißt weniger Arbeit, dadurch weniger Kosten

Leider wurde letzte Woche im Kreistag der Antrag der Linken abgelehnt, denn diesen Gedanken haben wir in unserer Fraktion auch schon gehabt.

Die Linken haben beantragt, dass der Märkische Kreis mit den Kommunen zusammen eine Bundesverfassungsklage einreicht. Es geht um die garantierte Selbstverwaltung der Kommunen nach Artikel 28, Nr. 2 des Grundgesetzes. Diese Selbstverwaltung ist nicht mehr gegeben. Wir verwalten nur noch Mangel. Vielleicht sollte unsere Bürgermeisterin das Thema nochmal mit ihren Kollegen besprechen, ob die Kommunen diesen Schritt nicht allein gehen.

Angst macht mir, dass viele Länder von alten narzisstischen Männern, die unsere Weltordnung ändern wollen, regiert werden.

Positiv ist, dass das Gartenhallenbad nach Ostern endlich eröffnet werden kann und die Grundschule Wiblingwerde fertig ist. Die Renovierung an der Grundschule Nachrodt wird dieses Jahr in Angriff genommen und die Unterbringung der OGS in den Containern ist eine gute Übergangslösung.

Herr Tegeler und sein Team haben unglaublich viel Arbeit in den Haushaltsentwurf gesteckt, und wir wissen, wie schwer es ist, Lösungen zu finden. Keiner von uns hatte Ideen, was wir noch machen können, um den Haushalt zu verbessern. Wir hatten zwar ein paar Vorschläge, aber das war auch nur wenige tausend Euro, die uns nicht weitergebracht haben. Wenn wir den Haushalt jetzt ablehnen, was kommt dann? Was soll sich bis zur nächsten Ratssitzung ändern?

Die UWG-Fraktion wird dem Haushalt 2026 zustimmen, weil wir glauben, dass sich an der Situation so schnell nichts ändern wird und die Lage eher noch schwieriger wird.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Petra Triches

Fraktionsvorsitzende der UWG-Nachrodt-Wiblingwerde